

In der Kopftuchfrage macht die SP eine Kehrtwende

Früher hielt die Partei die Verhüllung der Haare für frauenfeindlich – an Schulen soll diese Position nun nicht mehr gelten

SIMON HEHLI

Es ist nur ein Stück Stoff, doch es schürt grosse Emotionen: das muslimische Kopftuch. Die Debatte darüber, ob es im Schulhaus etwas zu suchen hat, ist in den letzten Monaten wieder intensiver geworden. So konnte im vergangenen Sommer eine junge Lehrerin, die ihre Haare verhüllt, eine Stelle an einer Primarschule im Kanton St. Gallen nicht antreten, weil sich manche Eltern dagegen gewehrt hatten.

In St. Gallen, aber auch in Zürich reichten die kantonalen SVP-Sektionen daraufhin Vorstösse ein, in denen sie ein Verbot religiöser Kopfbedeckungen sowohl für Lehrerinnen als auch für Schülerinnen fordern. Das rechtskonservative Egerkinger Komitee verfolgt das gleiche Ziel mit einer Petition auf nationaler Ebene, mehr als 10 000 Personen haben sie unterschrieben. Der Berner Regierungsrat hielt im November in der Antwort auf einen Vorstoss, der eine Lockerung der Regeln anregte, am Kopftuchverbot für Lehrpersonen fest. Denn diese repräsentierten den Staat und seine religiöse Neutralität.

Das ist eine laizistische Haltung, wie sie einst auch die Sozialdemokraten ver-

traten. In einem Positionspapier zum Islam aus dem Jahr 2010 schrieb die SP: «Die von vielen Musliminnen und Muslimen befürwortete Pflicht der Frau, ein Kopftuch zu tragen, ist aus Sicht der SP frauenfeindlich und entspricht nicht (mehr) unseren Wertvorstellungen.»

Abschied vom Laizismus

Ein Verbot des Kopftuchtragens in der Öffentlichkeit komme für die Partei zwar nicht infrage, weil dies zu sehr in die persönliche Freiheit eingreife. Nein sage die SP hingegen zum Tragen eines islamischen Kopftuchs – so wie zu jedem anderen auffälligen religiösen Symbol – beim Erfüllen öffentlicher Aufgaben. «Dies gilt insbesondere für LehrerInnen.» Diese Haltung steht bis heute im Parteiprogramm. Die SP setze Irrationalismus und religiösem Fundamentalismus das Modell einer pluralistischen Gesellschaft im laizistischen Staat entgegen, ist dort zu lesen. Entsprechend gelte: «Staat und öffentliches Bildungswesen sollen gegenüber allen Religionen strikte Neutralität wahren, auf Vorgaben zum »richtigen« Glauben verzichten und in öffentlichen Gebäuden und Schulen das Zurschaustellen religiöser Symbole unterbinden.»

Doch an ihrem Parteitag vom Samstag in Biel dürfte die SP ihre Haltung zu dieser Frage fundamental ändern. Denn traktandiert ist dort eine Resolution der SP-Migranten mit dem Titel «Für echte Selbstbestimmung – gegen antimuslimischen Rassismus». Einer der Punkte betrifft die Verhüllung: Die Verfasser der Resolution verlangen, dass die SP pauschale Kopftuchverbote in staatlichen Institutionen und Bildungsstätten verurteile. «Kopftuchverbote für Lehrpersonen sind unverhältnismässig und verfassungswidrig. Solche Verbote verletzen die Grundrechte auf Religionsfreiheit und Gleichbehandlung.» Dass der Parteitag dem zustimmt, ist wahrscheinlich, empfiehlt doch das Präsidium die Resolution zur Annahme.

Andersdenkende angefeindet

Eine der Promotorinnen der Resolution ist die Zürcherin Vera Çelik. Die Muslimin trägt selbst ein Kopftuch und erklärt, dies sei ein «Akt der Emanzipation». Aus Sicht der SP-Migranten verdeutlicht kein anderes Thema antimuslimischen Rassismus klarer als die Kopftuchdebatte. Warum unterstützt die Parteileitung eine solche 180-Grad-

Kehrtwende in der Kopftuchfrage? Der SP-Co-Präsident Cédric Wermuth erklärt auf Anfrage, das Islampapier von 2010 sei alt, und es sei lediglich von der Fraktion verabschiedet worden. Im Versand zum Parteitag beruft sich das Präsidium zudem auf den «Grundsatz der Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung aller Menschen, unabhängig von ihrer religiösen oder nicht religiösen Überzeugung». Die SP wolle sicherstellen, dass Symbole unterschiedlicher Religionen in der Öffentlichkeit gleich behandelt würden.

Es ist davon auszugehen, dass nicht alle innerhalb der Partei die Abkehr vom Laizismus gutheissen. Der St. Galler SP-Kantonsrat Bernhard Hauser hatte sich im vergangenen Sommer in diese Richtung geäußert. Das Kopftuch widerspreche dem Grundverständnis offener Gesellschaften diametral und gehöre deshalb auf keinen Fall auf den Kopf einer Lehrerin, schrieb der frühere Professor der Pädagogischen Hochschule St. Gallen in einem Gastbeitrag im «St. Galler Tagblatt». Die Jungsozialisten warfen Hauser daraufhin «antimuslimisch-rassistische Aussagen» vor, unterstellten ihm SVP-artige Positionen und forderten seinen Rücktritt.